

Die Liberalen. **LDP**

Liberaler Politik versus „Völkersolidarität“ und „Volkssolidarität“

Die Art und Weise, in der zwei Mitglieder der Landesregierung die Polarisierung im Wahljahr 2007 zur eigenen Profilierung nutzen, ist bedenklich. Die Aussenministerin – und amtierende Bundespräsidentin – nutzt die grundsätzlich vorhandene, breite Zustimmung zu einer aktiveren Aussenpolitik, um ihre Vorstellungen von umfassender „Völkersolidarität“ umzusetzen. Auf der Gegenseite poltert der Justizminister im Namen einer „Volkssolidarität“ gegen das Völkerrecht, das an den Grundfesten unserer Demokratie rüttelt.

Beide Ansätze sind mit Liberalismus, so wie ich ihn verstehe, nicht vereinbar.

Grenzenlose Solidarität von Staats wegen ist nicht herstellbar. Der ungebremste internationale Aktivismus unserer Bundespräsidentin verwischt zunehmend die Grenzen zwischen solider Realpolitik und Show Business. So kann es zu gravierenden und unverzeihlichen Fehlleistungen wie derjenigen, Holocaust-Leugner aus dem Iran zu einer Konferenz in die Schweiz einzuladen.

Der Aktivismus von Frau Calmy-Rey wirft einen Schatten auf den zweifellos im Land vorhandenen breiten Konsens über den Wert privater Initiativen und Projekte im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Deren Palette reicht von Aktivitäten von Einzelpersonen wie dem Brückenbauer Toni Rüttimann (El Suizo) bis hin zu Finanzinstrumenten für nachhaltige Entwicklung wie der Sustainable Performance Group (SPG).

Auf der Gegenseite lässt Justizminister Christoph Blocher keine Gelegenheit aus, um seine Vorstellungen von der rechtlichen Basis unseres Staatswesens, die er exklusiv im Bundesbrief zu finden glaubt, zu proklamieren. Nach Blochers Lesart wäre die Geschichte der Schweiz seit 1798, d.h. seit dem Ende der alten Eidgenossenschaft, eine solche des stetigen Niedergangs gewesen sein. Die Entwicklung des Völkerrechts zeigt die zunehmend engere und auch notwendige Verflechtung der Nationalstaaten und sorgt letztlich auch für die Bewegungsfreiheit von Menschen, Dienstleistungen und Gütern. Dass Bundesrat Blocher das Völkerrecht aus unserer Rechtsentwicklung und unserer politischen Kultur ausblenden will, ist ebenfalls unverzeihlich. Prof. Heinrich Koller hat in einem Interview mit der NZZ am Sonntag vom 12.08.2007 diese Frage in bemerkenswerter Weise analysiert.

Die Liberalen. **LDP**

Die Freiheit des Denkens und des Handelns und deren verantwortungsvoller Gebrauch sind weder mit dem Ansatz von Micheline Calmy-Rey noch mit demjenigen von Christoph Blocher zu vereinbaren.

Der Auftrag liberaler Politik heisst: Die Freiheit des Denkens und Handelns durch stufengerechte, einfache, klare und sichere Rechtssetzungen zu gewährleisten. So verstandene Legiferierung ist die edelste Aufgabe von Regierung und Parlament.

Diesem Auftrag wird unsere Landesregierung in der heutigen Zusammensetzung nicht gerecht.

Eine liberale Korrektur ist dringend nötig.

Maria Iselin-Löffler